

Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses (GA) der Landessuchtkonferenz Brandenburg (LSK) am 24. Februar 2020 im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV)

Protokoll

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)
Sitzungsleitung: Herr Dr. Böhm (MSGIV)

TOP 1: Begrüßung, Eröffnung und Bericht aus dem MSGIV

Begrüßung, Eröffnung

Herr Dr. Böhm begrüßt die Anwesenden und stellt die Anwesenheit von sechs stimmberechtigten Mitgliedern und damit die Beschlussfähigkeit des GA fest.

Bericht aus dem MSGIV

Das MSGIV informiert über

- die erfolgte Beantragung der Genehmigung zur Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Thema „Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum - BJS 5“ beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ) sowie
- den Entschließungsantrag „Nichtraucherinnen und Nichtraucher gemeinsam schützen“ der Regierungsfractionen (Anlage 2).

MSGIV berichtet weiterhin über beabsichtigte Organisationsänderungen ab 2021 in den Bereichen Suchtprävention und Glücksspielsuchtberatung. So solle die Zahl der ÜSPF von fünf auf vier reduziert und eine Übereinstimmung der Zuständigkeitsgrenzen mit denen der vier Schulämter im Land Brandenburg erreicht werden. Darüber hinaus sei eine Zusammenführung der Glücksspielsuchtberatungsstellen mit den ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke geplant.

TOP 2: Bericht der Brandenburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. (BLS)

Die BLS informiert über die 25. Suchtselbsthilfetagung im Land Brandenburg, die am 23. Februar 2020 stattfand, sowie über die Erarbeitung einer Stellungnahme zum Entwurf des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland durch den Fachbeirat Glücksspielsucht, dessen Mitglied Frau Hardeling sei (Anlage 3).

TOP 3: Berichte aus den Arbeitskreisen (AK)

TOP 3 wird mit TOP 5 zusammen beraten.

TOP 4: Berichte der Mitglieder des GA zu den Themenfeldern der LSK

Das MBSJ berichtet über die Kinder- und Jugendgesundheitsstudie "Health Behaviour in School-aged Children" (HBSC) und informiert zum Stand der Überarbeitung der Handlungsempfehlungen für

Lehrkräfte zum Thema Sucht, das zur Schlusszeichnung bei Frau Ministerin Ernst vorläge und im Amtsblatt für Brandenburg veröffentlicht werde.

Die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg (DRV) informiert über eine am 6. März 2020 stattfindende Informationsveranstaltung für Arbeitgeber, die unter dem Titel „Ein Glas geht noch – Vom Umgang mit der Sucht im Arbeitsleben“ stehe.

Die AOK-Nordost benennt Frau Beyer als Ansprechpartnerin in Brandenburg zum Förderangebot des GKV-Bündnisses für Gesundheit (ulrike.beyer@nordost.aok.de) und berichtet über die geplante Evaluation der konsumbegleitenden Crystal-App „Checkpoint-C“, deren Finanzierung durch eine kassenartenübergreifende Förderung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erfolgen solle.

Das Ministerium des Innern und für Kommunales berichtet, dass am 20. Februar 2020 die 11. Beiratssitzung des Landespräventionsrates Brandenburg stattgefunden habe, und dass die kommunale Kriminalprävention stärker in den Fokus rücke.

TOP 5: Planung des nächsten Plenums der LSK

Herr Dr. Böhm dankt der Vorbereitungsgruppe Plenum und stellt den Entwurf des Programms für das Plenum am 22. April 2020 vor (Anlage 4). Das Programm wird von den Anwesenden beschlossen.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitskreise Suchtprävention, Ambulante Suchthilfe, Daten und Berichterstattung sowie Pathologisches Glücksspiel stellen die Entwürfe der Berichte aus den Arbeitskreisen und der Beschlüsse zur weiteren Arbeit vor.

Für die Entwürfe der Arbeitskreise Ambulante Suchthilfe und Pathologisches Glücksspiel werden Änderungswünsche geäußert. MSGIV sagt die Einarbeitung dieser und die Übermittlung der geänderten Beratungsunterlagen als Protokollanlage zu (Anlage 5 und 6). Vorbehaltlich der Änderungswünsche wird den Beratungsunterlagen von den Anwesenden zugestimmt.

Vor dem Hintergrund, dass die Berichte aus den AK und die Beschlüsse zur weiteren Arbeit den Plenumsteilnehmenden bereits mit der Einladung übersandt und auch den Tagungsmappen beigelegt werden, besteht Einvernehmen, dass diese nicht zusätzlich auf Postern während der Plenumsveranstaltung ausgestellt werden sollen. Unabhängig davon wird das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit um die Erstellung von insgesamt vier Postern mit je einer Grafik zum Suchtmonitoring bzw. zu Ergebnissen der letzten BJS gebeten. Ebenso sollen Ergebnisse der HBSC-Studie als Poster ausgestellt werden.

Das MSGIV wird beauftragt, die Mitglieder der LSK bereits mit der Einladung um Übermittlung von redaktionellen und/oder inhaltlichen Änderungswünschen an den Berichten aus den AK bzw. an den Beschlüssen zur weiteren Arbeit zu bitten.

TOP 6: Verschiedenes

gez. Zinke-Donie